

Inhaltsverzeichnis

1. Institute for European Affairs	
2. Otmar Issing	
3. Goldman Sachs	
4. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	

Institute for European Affairs

Institute for European Affairs (INEA)

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Beratungs- und Lobbytätigkeit
Gründungsdatum	1995
Hauptsitz	Düsseldorf
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Brüssel
Webadresse	inea-online.com

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Niederlassungen	3
3 Organisationsstruktur und Personal	3
3.1 Vorstand	3
3.2 Leiter der Repräsentanz in Brüssel	4
3.3 Führungskreis	4
3.4 Verbindungen	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
5 Einzelnachweise	5

Kurzdarstellung und Geschichte

Das **Institute for European Affairs** e.V. (INEA) mit Sitz in Düsseldorf ist eine europaweit - mit Schwerpunkt Osteuropa - tätige Beratungs- und Lobbyorganisation. Sie ist eng mit dem **Baltic Sea Forum** verflochten, mit dem sie im Ostseeraum kooperiert. Führende Mitarbeiter des INEA waren früher in die Aktivitäten der Sicherheitsfirma Prevent involviert.

Auf der Webseite des **Baltic Sea Forum** beschreibt sich das Institut wie folgt:

"Das Institute for European Affairs - INEA - ist eine ideelle, seit 1995 bestehende Einrichtung, die auf verschiedene (weitgehend auch nicht öffentliche) Weise tätig wird, um einerseits eine größere europäische Annäherung und eine größere Vertrautheit von Führungspersönlichkeiten untereinander zu erreichen und andererseits sich abzeichnende oder bereits eingetretene Probleme und Spannungen zwischen europäischen Partnern vermeiden zu helfen oder zu entschärfen. Daneben bemüht sich das Institut um Brückenschläge zwischen Wirtschaftsunternehmen der verschiedensten europäischen Staaten zu Regierungen und Unternehmen der jeweils anderen europäischen Staaten".^[1]

Vorstandsvorsitzender der INEA ist Jürgen Gramke, Mitbegründer der Sicherheitsfirma Prevent AG, die 2010 insolvent wurde. Er ist Rechtsanwalt bei der Kanzlei AGS Legal, die auf ihrer Webseite ihre Tätigkeit wie folgt beschreibt^[2]: "Als Spezialkanzlei für Konfliktlösung und Prozessführung...wissen wir, dass die wahre Kunst darin besteht, seinen Gegner kampflos zu besiegen. Aber wenn die Diplomatie versagt, finden wir auch einen anderen Weg. Auseinandersetzungen und schwierige Fälle schrecken uns nicht ab. Sie sind unsere Stärke".

Niederlassungen

Die EU-Repräsentanz in Brüssel besteht seit 2000 und ist darauf spezialisiert, Fachbegleitung in sämtlichen EU-Angelegenheiten (Europäische Kommission, Europäisches Parlament) zu bieten. Die Beratung erstreckt sich auf eine Vielzahl europäischer und nationaler wettbewerbsrechtlicher Fragen (Kartelle, Fusionskontrolle, Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, Compliance-Programme) inkl. Antidumping. Dabei arbeitet das Institut mit dem Partner **Beiten Bukhardt** zusammen. Zur Reputation des INEA zählt zum Beispiel die erfolgreiche Änderung von EU-Recht, sog. EU-Legal-Lobbying.

Das Außeninstitut in Ljubljana/Slowenien ist für Südosteuropa (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, FYR Mazedonien, Georgien, Griechenland, Kroatien, Moldawien, Montenegro, Region Kosovo, Rumänien, Russland, Serbien, Slowenien und Ukraine) zuständig.

Organisationsstruktur und Personal

Der Sitz von INEA ist Düsseldorf. Das Institut hat für Südosteuropa ein eigenes Außeninstitut mit Sitz in Ljubljana/Slowenien eingerichtet und unterhält neben dem EU-Verbindungsbüro in Brüssel Repräsentanzen in verschiedenen Ländern Europas.

Vorstand

- Jürgen Gramke (Vorsitzender)
 - Rechtsanwalt bei Acker Görling Schmalz Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft (AGS Legal) in Frankfurt
 - Ehren- und Kuratoriumsvorsitzender des **Baltic Sea Forum**
 - ehem. Minister für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt (SPD)
 - Mitbegründer und ehemaliger Aufsichtsrat der umstrittenen Sicherheitsfirma Prevent AG^[3]
- **Kurt Bodewig**, SPD-Politiker, ehemaliger Bundesverkehrsminister
 - Vorstandsvorsitzender des **Baltic Sea Forum**
 - Vorsitzender des Kuratoriums des Deutsch-Litauischen Forums
 - Vizepräsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates e.V.
 - seit 2013 Vorsitzender der Kommission "Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung" der Verkehrsministerkonferenz
 - seit 2006 Maritimer Botschafter der EU-Kommission
 - Europäischer Koordinator für die Trans Europäischen Verkehrsnetze (TEN)
 - Mitglied im Supervisory Board der **Global Panel Foundation**
- Jürgen Jülich
- Meglena Plugtschieva
 - bulgarische Botschafterin a.D.
 - Stellv. Vorsitzende des Deutsch-Bulgarischen Forums

- Eero Rantala
 - ehem. Staatsminister, Finnland
 - Stellv. Vorstandsvorsitzender des **Baltic Sea Forum**

Leiter der Repräsentanz in Brüssel

- Dietmar O. Reich, Partner bei **Beiten Bukhardt**

Führungskreis

Der Führungskreis des Instituts besteht aus ehemaligen hochrangigen Vertretern von Regierungen und Institutionen, deren Kontakte und Reputation für das Institut von Bedeutung sind. Die Mitglieder des Führungskreises initiieren Konferenzen, Botschafterforen und Gesprächskreise, beraten über die Themen zukünftiger Veranstaltungen und geben inhaltliche Impulse. Zum Führungskreis gehören:

- Dora Bakoyannis (Griechenland), Außenministerin a. D., ehem. Oberbürgermeisterin (Athen)
- Erhard Busek (Österreich), Vizekanzler a.D., EU-Stabilitätskoordinator Südosteuropa
- Bjørn Tore Godal (Norwegen), Botschafter, Außenminister a. D. des Königreichs Norwegen
- Jürgen Gramke (Deutschland), Staatsminister a. D., Vorstandsvorsitzender des Institute for European Affairs
- Alfred Gusenbauer (Österreich), Bundeskanzler a. D.
- August Hanning (Deutschland), Staatssekretär a. D., ehem. Präsident des Bundesnachrichtendienstes, ehem. Vorsitzender des Beirats der Sicherheitsfirma Prevent AG^[4]
- **Otmar Issing** (Deutschland), ehemaliges Direktoriumsmitglied **Europäische Zentralbank**, "International Advisor" **Goldman Sachs**, Botschafter **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)
- Egils Levits (Lettland), Mitglied des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
- Eero Rantala (Finnland), Staatsminister a. D.
- Janusz Reiter (Polen), Botschafter a. D.
- Jacques Santer (Luxemburg), Staatsminister a. D., Präsident der EU-Kommission a. D.
- Simeon Saxe-Coburg-Gotha (Bulgarien), Ministerpräsident a. D.
- Rudolf Schuster (Slowakei), Staatspräsident a. D.
- Ivo Vaigl (Slowenien), MEP, Außenminister a. D.
- Willem F. van Eekelen, (Niederlande), Verteidigungsminister a. D., Generalsekretär der WEU a. D.
- Mesut Yilmaz (Türkei), MP, Ministerpräsident a. D., ehemaliger Gesellschafter der Sicherheitsfirma Prevent AG.^[5]

Verbindungen

- **Baltic Sea Forum**: Mitgliedschaft und personelle Verflechtungen mit dessen Vorstand und Kuratorium
- **Beiten Bukhardt**: Zusammenarbeit in sämtlichen EU-Angelegenheiten (EU-Kommission, Europäisches Parlament) bei wettbewerbsrechtlichen Fragen einschließlich EU-Legal-Lobbying. Der **Beiten Bukhardt**-Partner Dietmar O. Reich ist Special Advisor und EU-Repräsentant in Brüssel für das **Baltic Sea Forum** und das INEA.^{[6][7]}
- Acker Görling Schmalz Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft: Bei ihr ist der Vorstandsvorsitzende Jürgen Gramke als Anwalt tätig
- Sicherheitsfirma Prevent AG: Ehemalige Gesellschafter und Beiratsmitglieder sind in Führungspositionen der INEA

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Baltic Sea Forum Mitglieder](#), Webseite abgerufen am 16. 03. 2015
2. ↑ [Unsere Kanzlei](#), Webseite abgerufen am 17. 03. 2015
3. ↑ [Kristina Läscher und Klaus Ott: Dubios statt diskret Sicherheitsfirma Prevent](#), Süddeutsche Zeitung vom 8. Februar 2011, Webseite abgerufen am 16. 03. 2015
4. ↑ [Oliver Stock und Thomas Sigm: August Hanning Job mit Nebenwirkungen](#), Handelsblatt vom 6. September 2010, Webseite abgerufen am 18. 03. 2015
5. ↑ [Sicherheitsfirma Prevent meldet Insolvenz an](#), Hamburger Abendblatt vom 13. Dezember 2010, Webseite abgerufen am 17. 03. 2015
6. ↑ [Profil Webseite Beiten Burkhard](#), Webseite abgerufen am 18. 03. 2015
7. ↑ [Standorte, INEA - Repräsentanz in Brüssel](#), Webseite INEA, abgerufen am 18. 03. 2015

Otmar Issing

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Otmar Issing (* 27. März 1936 in Würzburg). Als Führungsperson in der **Deutschen Bundesbank** und der **Europäischen Zentralbank** war Issing eine zentrale Figur der deutschen Geld- und Wirtschaftspolitik. Er galt als einer der führenden Vertreter der Theorierichtung des **Monetarismus** in Deutschland. Issing war bis 05 /2022 Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS) sowie Kuratoriumsvorsitzender der von Banken und Versicherungen dominierten **Gesellschaft für Kapitalmarktforschung** (GfK), der Trägerorganisation des CFS.

Aus lobbykritischer Sicht war Issings Seitenwechsel im Jahr 2007 von der **EZB** zu **Goldman Sachs** höchst problematisch. Hier lief ein Top-Manager einer der wichtigsten Regulierungsbehörden zu einer der wichtigsten Banken der Welt über.

Kanzlerin **Angela Merkel** berief den Goldman Sachs-Berater im Oktober 2008 zum Vorsitzenden der **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur**^[1].

Seit April 2013 ist Otmar Issing als Botschafter für die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** tätig.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	6
2 Verbindungen	6
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
4 Einzelnachweise	7

Karriere

- seit 06/2022 Ehrenvorsitzender des **Center for Financial Studies** (CFS)
- seit 10/2008 Vorsitzender der bis 2012 tätigen **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur**
- 2008-2009 Mitglied der **De Larosière Kommission**
- 2007-12/2022 Vorsitzender des Kuratoriums des **House of Finance**, Universität Frankfurt
- 2007-2018 „International Advisor“ der Investmentbank **Goldman Sachs**
- 2006-2022 Mitglied des Kuratoriums der **Gesellschaft für Kapitalmarktforschung**
- 2006-2022 Präsident des **Center for Financial Studies** (CFS) an der Goethe-Universität Frankfurt/Main
- 1998-05/2006 Mitglied im Direktorium und Chefökonom der **Europäischen Zentralbank** (EZB)
- 1990-1998 Mitglied des Direktoriums und Chefvolkswirt des Zentralbankrates der **Deutschen Bundesbank**
- 1988-1990 Mitglied des **Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**
- 1973-1990 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg
- 1967-1973 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg

Quelle:^[2]

Verbindungen

- Botschafter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)
- Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der **Friedrich August von Hayek Stiftung**
- Mitglied des Führungskreises des **Institute for European Affairs** (INEA)
- Mitglied des Beirats der **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft**
- Mitglied des **Walter Eucken Institut**
- Mitglied des Council for the Future of Europe des **Nicolas Berggruen Institute**

- Ehrenmitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Mitglied der [Euro 50 Group](#)
- bis 2018 Mitglied des Aufsichtsrats der Nürnberger Lebensversicherung AG und der Fürst Fugger Privatbank
- 1987-1990 Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Quellen: ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel-Online 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
2. ↑ [Ehrenpräsident](#), gfk-cfs.de, abgerufen am 14.06.2023
3. ↑ [Ehrenpräsident](#), gfk-cfs.de, abgerufen am 14.06.2023

Goldman Sachs

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Goldman Sachs ist ein Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen und nimmt im internationalen Finanzsektor eine herausragende Stellung ein. Es gilt als eines der mächtigsten und am besten vernetzten Unternehmen der Branche. Goldman Sachs ist hauptsächlich als Finanzdienstleister für Großunternehmen und institutionelle Investoren tätig.

Goldman Sachs

Branche Finanzen
Hauptsitz New York, In Deutschland: MesseTurm, Friedrich-Ebert-Anlage 49, Frankfurt/Main
Lobbybüro Deutschland
Lobbybüro EU
Webadres goldmansachs.com
se

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	8
1.1 Ausgaben für Lobbying	8
1.2 2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	8

1.3 Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel	8
1.4 Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk	9
1.5 Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft	10
1.6 Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes	10
1.7 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	10
2 2010: Negativ-Preis für Lobbying	11
3 Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise	11
3.1 Verkauf von Depfa und Conti	11
3.2 2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit	11
3.3 2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen .	12
3.4 John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus	12
3.5 Strafen wegen Falschberatung in USA	12
3.6 2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung	12
4 Geschichte	13
5 Geschäftsfelder	13
5.1 Übernahmen und Fusionen	13
5.2 Immobilien	14
6 Organisationsstruktur und Personal	14
6.1 Unternehmensleitung	14
6.2 Partner	14
6.3 International Advisory Board	14
7 Zitate über Goldman Sachs	15
8 Weitere Informationen	15
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
10 Einzelnachweise	15

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Ausgaben für Lobbying

Laut EU-Transparenzregister lagen die Ausgaben für die von 2 Vollzeitäquivalenten erbrachte EU-Lobbyarbeit im Jahr 2018 zwischen 1-1,3 Mio. Euro.^[1]

2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Jörg Kukies, ehem. Co-Deutschland-Chef von Goldman Sachs, ist seit April 2018 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und ist dort für Fragen der Finanzmarktregulierung zuständig. Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen warnte: „Das Finanzministerium darf nicht zum House of Banks verkommen.“^[2]

Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel

Der frühere Deutschland-Chef von Goldman Sachs Alexander Dibelius nahm „schon früh Kontakt zu CDU-Parteichefin Angela Merkel auf, lange vor ihrer Nominierung als Kanzlerkandidatin. Für sie arrangierte er mehrere Dinner mit Unternehmens-chefs ... Immer wieder steht er der Kanzlerin bei Fragen zur Verfügung“, berichtet das Wirtschaftsmagazin capital.^[3]

Im Krisenjahr 2008 machte **Angela Merkel** den Goldman-Berater **Otmar Issing** zum Vorsitzenden der Kommission **Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur**.^[4]

Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Goldman Sachs gilt als Paradebeispiel für das **Seitenwechsler-Phänomen**. Das Unternehmen hat zahlreiche ehemalige Entscheidungsträger als Berater angeworben, zugleich wechseln immer wieder Mitarbeiter in Regierungs- oder Aufsichtsposten. Der SPIEGEL beschrieb das Netzwerk als "Gemeinschaft, die zusammenhält, auch wenn der eine geht, der andere kommt. Über Jahrzehnte trifft man sich irgendwann irgendwo immer wieder. Man verdient gutes Geld, hat beste Karrierechancen [...]" und gab einen Überblick über das System.^[5]

- EUROPA
- **José Manuel Barroso**: Nach zehn Jahren als EU-Kommissionspräsident schied Barroso zum 31. Oktober 2014 aus der EU-Kommission aus. Im Juli 2016 kündigte er seinen Wechsel zu Goldman Sachs International in London an.^[6] Das Ethik-Komitee der EU-Kommission gab grünes Licht für den Seitenwechsel, nachdem Barroso zugesagt hatte, keine Lobbyarbeit für Goldman Sachs zu betreiben.^[7] Im Oktober 2017 gab es dann doch ein Lobbytreffen zwischen Barroso und EU-Kommissar Jyrki Katainen.
- **Mario Draghi**, von 2011 bis 2019 Präsident der **Europäischen Zentralbank**, war von 2002-2005 stellvertretender Vorsitzender und Managing Director von Goldman Sachs International.
- **Mario Monti**, Regierungschef Italiens von 2011 bis 2013, EU-Kommissar von 1995-2004, wird als Berater von Goldman Sachs („Board of International Advisors“) in dessen Jahresbericht 2010 geführt.^[8]
- **Romano Prodi**, ehem. italienischer Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident, war von 03/1990-05/1993 bei Goldman. Wenn Prodi kein öffentliches Amt bekleidet, arbeitet er als Berater für Goldman Sachs.^[9]
- **Otmar Issing**, seit 2007 „International Advisor“ von Goldman Sachs, ist ehem. Direktoriumsmitglied der EZB und ehem. Chefvolkswirt der **Deutschen Bundesbank**.
- **Peter Sutherland**, bis 1989 EU-Kommissar (u. a. für Wettbewerb) und bis 1995 GATT-Generaldirektor, ist seit 1995 Vorstandsmitglied von Goldman Sachs International.^[10]
- USA
- **Gary Cohn**, Präsident & Chief Operating Officer bei Goldman Sachs, war von 2017-03/2018 Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats.^[11]
- **Stephen Mnuchin** war für Goldman Sachs tätig und wurde unter Präsident Donald Trump Finanzminister der USA.
- **Philip D. Murphy**, ehemalige Goldman Sachs Senior Director, wurde 2009 zum Botschafter der USA in Deutschland ernannt.

- **Henry Paulson**, US-Finanzminister unter **George W. Bush**. In Paulsons Amtszeit fielen einige wichtigsten Banken-Rettungsmaßnahmen der USA, ehemaliger Aufsichtsratschef (CEO) von Goldman Sachs.
- **Robert Rubin**, US-Finanzminister unter **Bill Clinton**, langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Goldman Sachs.
- **Robert Zoellick** ist seit 2013 Vorsitzender des International Advisory Board von Goldman Sachs. Zuvor war er Präsident der Weltbank, United States Trade Representative (2001-2005), Deputy Secretary of State (2005-2006). Zoellick war in den 1990ern erst Goldman Sachs-Berater, später leitender Angestellter.^{[12][13]}

Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft

- **European Parliamentary Financial Services Forum**, Mitglied
- **Group of Thirty**, Mitarbeiter und Berater von Goldman Sachs sind Mitglieder

Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Derivateverband ISDA setzte sich Goldman Sachs aggressiv und mit Erfolg gegen geplante Regulierungen des risikoreichen Derivatemarktes ein. Regulierungen waren notwendig geworden, da Derivate bereits in der Finanzkrise 2008 weltweite wirtschaftliche Instabilität und Arbeitsplatzverluste verursachten sowie 2008 Mitverursacher der Lebensmittelkrise und der Eurokrise 2010 waren.

Als erfolgreichste Investmentbank im ISDA warnte Goldman Sachs davor, dass striktere Regulierungen die Bank dazu bringen würden, sich aus Europa zurückzuziehen.^[14] Weiterhin setzte der ISDA die EU massiv unter Druck, um die Bildung einer Expertengruppe für Derivate zu bilden. Diese bestand dann fast ausschließlich aus Mitgliedern des ISDA - darunter auch Goldman Sachs.^[15] Die Bank platzierte sich außerdem in nahezu allen Beratergruppen der Kommission, die sich mit der Finanzmarktregulierung nach der Weltwirtschaftskrise befassten.^[16]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[17] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[18]

Auch Goldman Sachs trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. So mahnte die Investmentbank in einem Papier an ausgewählte Politiker:innen, dass sich eine Finanztransaktionssteuer negativ auf die Geschäfte der Zentralbanken und an die Bereitstellung der Liquidität auswirken würde.^[19] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen (**Bundesverband Investment und Asset Management**, **Deutsches Aktieninstitut**, **Bayer**, **Siemens**, u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[20]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[21][22][23][24][25]}

2010: Negativ-Preis für Lobbying

Goldman Sachs wurde am 2. Dezember 2010 mit dem Negativ-Preis **Worst EU Lobby Award** von einem Zusammenschluss lobbykritischer Organisationen ausgezeichnet.^[26]

Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise

Goldman Sachs-Chef **Lloyd C. Blankfein** soll in einer internen E-Mail an Mitarbeiter laut Kölner Stadt-Anzeiger geäußert haben, in der **Welt-Finanzkrise** „haben wir mehr verdient, als wir verloren haben“. ^[27]

Verkauf von Depfa und Conti

Nach Informationen von Werner Rügemer hat Goldman Sachs folgende Geschäfte vermittelt und über Provisionen davon profitiert:

- Verkauf der **Depfa** an die **Hypo Real Estate** - woraus mit zeitlicher Verzögerung der (angebliche) Beinahe-Zusammenbruch des deutschen Bankensystem erfolgt sein soll
- Der Reifen-Hersteller **Schäffler** übernimmt den Konkurrenten **Conti** (Provision: 15 Mio.Euro) - Schäffler geht an dem Deal beinahe bankrott.^[3]

2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit

Im Oktober 2010 musste sich Goldman Sachs gegen Anschuldigungen der **Landesbank Baden-Württemberg** wehren, die sich durch die **Verbriefung Davis Square VI**.^[28] geschädigt sah. Goldman Sachs hatte diese Papiere strukturiert, verkauft und verwaltet. Sie waren mit einem **Triple-A-Rating** bewertet worden.^[29] und von der Landesbank-Tochter **LBBW Luxemburg** im März 2006 erworben worden. Die Landesbank forderte von Goldman Sachs 37 Millionen US-Dollar für erlittene Verluste. *"Goldman wusste auf höchster Organisationsebene, dass die Darstellung, die Papiere wären mit Triple-A bewertet und hochklassig, offensichtlich falsch waren. Goldman hat Betrug begangen, und, oder, handelte fahrlässig, indem es die Papiere an die LBBW Luxemburg vermarktete und verkaufte."*

Darüberhinaus verklagte die LBBW den Investment-Ratgeber **TCW Group**. Bei deren Besitzer **Societe Generale** hatte Goldman Sachs, so der Vorwurf, sich mit Kreditausfallwetten gegen den Ausfall von Davis Square VI und anderen CDOs eingedeckt. TCW und Goldman Sachs wiesen diese Vorwürfe umgehend zurück ^{[30][31]}

Die Fall Landesbank Baden-Württemberg vs. Goldman Sachs hat das Aktenzeichen 10-7549 und wird am U. S. District Court, Southern District of New York (Manhattan) verhandelt.^[30]

2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen

Am 16.04.2010 reichte die US-Bankenaufsicht SEC eine Beschwerde gegen Goldman Sachs wegen Betrugs ein. Die Bank soll verschwiegen haben, dass ein Hedge-Fonds an der Konstruktion eines "modernen Finanzprodukts" namens Abacus 2007-ACI beteiligt war, der zudem auf den Wertverfall des Derivats wettete. Die Abacus-Papiere, die ein komplexes Derivat aus US-Hypotheken waren, stellten sich als mutmaßliche Schrott-Produkte heraus.^[32] Als eine der leidtragenden Banken galt die Düsseldorfer IKB. Mitte Juli 2010 kamen die SEC und Goldman Sachs zu einem Vergleich: Die Ermittlungen wurden gegen die Zahlung von 550 Millionen Dollar eingestellt, einen Teil davon erhielt die Düsseldorfer IKB.^[33]

John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus

Das Abacus-Papier wurde von einem Hedge-Fonds zusammengestellt, den einer der bestverdienenden Männer der Wall-Street leitete: John Paulson. Die Zeit schrieb über das Geschäftsgebahren von Paulson & Co. :

„Der Logik der SEC-Anklage folgend hat Paulson das ganze Paket so zusammengeschnürt, dass es von Anfang besonders viele faule Hypotheken enthielt. Schließlich wettete er auf einen Wertverlust. Das ist ungefähr so, als würde bei der Nationalmannschaft der Trainer der gegnerischen Mannschaft die Aufstellung festlegen. Paulson hat Goldman Sachs 15 Millionen Dollar dafür gezahlt, dass sein Hedgefonds dieses Produkt konstruieren durfte.“

„Paulsons Wetten gegen Abacus funktionierte so: Paulson kaufte eine Art Ausfallversicherung für Kredite, die für den Kauf von Häusern aufgenommen waren. Platze ein Kredit, kassierte Paulson die Prämie, ohne etwas mit dem eigentlichen Kredit zu tun zu haben. Ähnlich jemandem, der eine Brandschutzversicherung für das Haus seines Nachbarn aufnimmt – brennt es, kassiert er.“^[34]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Goldman Sachs soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 22,5 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll.^[35]

2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung

In den USA gab es vermehrte Skepsis, warum die US-Regierung den Goldman-Konkurrenten Lehman Brothers kollabieren ließ, während die American International Group (AIG) mit einer in der Geschichte des Kapitalismus einmaligen Summe gerettet wurde. Goldman Sachs war einer der größten Gläubiger des Versicherungskonzerns.

Von den \$182.5 Milliarden an Steuergeldern zur Rettung der AIG^[36], flossen \$12.9 Milliarden direkt an Goldman Sachs, bei denen AIG Verbindlichkeiten hatte. Insgesamt gingen \$90 Milliarden der AIG-Rettungsgelder direkt an andere Banken, darunter neben Goldman auch die französische Societe Generale mit \$11.9 Milliarden, die Deutsche Bank mit \$11.8 Milliarden und die britische Barclays PLC mit \$8.5 Mrd.. Die us-amerikanische Merrill Lynch erhielt \$6.8 Mrd.^[37]

Informationen der New York Times zufolge war der US-Finanzminister und ehemalige Goldman Sachs Aufsichtsratsvorsitzende **Hank Paulson** während des Höhepunktes der **Welt-Finanzkrise** "in sehr häufigem Kontakt" mit **Lloyd C. Blankfein**, Goldmans damaligem Aufsichtsratsvorsitzenden. In der Woche als der Versicherer AIG durch Regierungsgelder gerettet wurde, sprach Paulson laut seiner Kalender-Einträge zwei Dutzend Male mit Blankfein, weitaus öfter als mit anderen Wall Street Managern.^[38]

Am 18. Oktober 2008 erhielt Goldman Sachs \$10 Milliarden Rettungsgelder von der US-Regierung^{[39][40][41]} und gehörte somit zu den sechs großen US-Banken, die staatliche Stützungen aus dem **TARP**-Programm erhielten, das eine **Kreditklemme** verhindern sollte.

Goldman zahlte die \$10 Milliarden TARP-Gelder im Juni 2009 zurück.^[42] Rechnet man allein die AIG-Gelder dagegen, hätte Goldman netto \$2,9 Milliarden an Staatsgeldern eingestrichen.

Geschichte

Im Jahr 1975 erließ die US-amerikanische Börsenaufsicht **Securities and Exchange Commission** (SEC) die Regel, dass Investment-Banken einen Fremdfinanzierungsgrad (leverage ratio) von nicht weniger als 1 zu 15 aufweisen dürfe. D.h. mit 100 \$ Eigenkapital durfte man 1.500 \$ Fremdkapital aufnehmen. Im Jahr 2004 autorisierte die SEC unter dem Vorsitz von **Christopher Cox** fünf Investmentbanken, ihre eigenen Eigenkapitalregeln zu entwickeln. Voran gegangen war intensives Lobbying von Goldman Sachs. Besagte fünf Banken waren **Goldman Sachs**, **Morgan Stanley**, **Lehman Brothers**, **Bear Stearns** und **Merrill Lynch**. Durch die Lockerung der Regulierung konnten die fünf ihre Eigenkapitalquote z.T. auf 1 zu 40 senken.^[43] Das geringe Eigenkapital im Verhältnis zu aufgenommenen Krediten beschleunigte den Weg in die **Welt-Finanzkrise**, da die Institute kaum Möglichkeiten hatten, jene Verluste auszugleichen, die aus geplatzten Risiko-Wetten wie **CDO** und **CDS** resultierten.^{[44][45]}

Lee A. Pickard, 1975 Direktor der SEC-Abteilung für Markt-Regulierung während die 1-zu-15-Regel erlassen wurde, sagte zu dem Umschwung von 2004, „Die SEC Änderung von 2004 ist der Hauptgrund für alle aufgetretenen Verluste.“^[46]

Im Jahr 2008 hatte Goldman Sachs sich in eine Bank-Holding umgewandelt und sich der Kontrolle der **Federal Reserve Bank** (die US-amerikanische Notenbank) unterworfen. Ihr Anlagevermögen wurde damals auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt.^[47]

Geschäftsfelder

Übernahmen und Fusionen

Goldman Sachs ist als eine weltweit führende Investmentbank an vorderster Stelle mit der Einfädelung von Übernahmen und Fusionen befasst. Das Unternehmen soll u.a. folgende Deals begleitet haben:

- **Daimler-Benz** übernimmt **Chrysler**
- **Vodafone** übernimmt **Mannesmann**
- **Bayer** übernimmt **Monsanto**

Quellen:^{[3][48]}

Immobilien

Über die Tochtergesellschaften **Whithall** und **Highstreet** kaufte Goldman Sachs in Nordrhein-Westfalen 950.000 Wohnungen der **Landesentwicklungsgesellschaft** (LEG). In Berlin erwarb die Bank 75.000 Wohnungen der Wohnungsgesellschaft **GSW**.^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Unternehmensleitung

Chairman und Chief Executive Officer der Goldman Sachs, Inc., ist **David D. Solomon**

Im Januar 2019 ist die Goldman Sachs AG in die Goldman Sachs Bank Europe SE übergegangen.^[49] Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs Deutschland und Österreich ist Wolfgang Fink (Stand: April 2020).

Quelle: ^[50]

Partner

2015 gab es weltweit 467 Goldman-Partner.^[51] Deutsche Partner sind^[52]

- **Alexander Dibelius** (bis 2014 Deutschland-Chef)
- **Jörg Kukies** (2014-03/2018 Deutschland-Chef, danach Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen)
- Wolfgang Fink (seit 04/2018 Deutschland-Chef)
- Tobias Koester (wird 01/2019 Partner)

International Advisory Board

Mitglieder sind ^[53] (Stand: März 2015)

- **Robert B. Zoellick** (Vorsitzender), ehemaliger Präsident der Weltbank^[54]
- Claudio Aguirre
- José Luis Arnaut, portugiesischer Politiker und Gründungspartner der Anwaltssozietät CMS-Rui Pena, Arnaut & Associados^[55]
- Christof Brand
- Efthymios Christodoulou
- Juan Claro González
- Charles de Croisset
- Charles Curran, A.C.
- **Guillermo de la Dehesa**, Third vice-chairman und non-executive director der Banco Santander, Chairman of the Trustees des **Centre of Economic Policy Research** (CEPR), Mitglied der **Euro 50 Group**^[56]
- **Vladimir Dlouhy**, Präsident der tschechischen Handelskammer und Stellv. Vorsitzender **Trilaterale Kommission**^[57]
- Walter W. Driver, Jr.
- Orit Freedman Weissman

- Lord Griffiths of Fforestfach, Mitglied des britischen Oberhauses und Mitglied des Verwaltungsrats von Times Newspapers Holding, Ltd., ehemaliger Berater von Margaret Thatcher^[58]
- Victor Halberstadt, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Leiden Universität/Niederlande, ehemaliger Vorsitzender des International Advisory Board von DaimlerChrysler und Berater des Generalsekretärs der OECD^[59]
- Otmar Issing, Präsident des Center for Financial Studies (CFS), ehemaliges Mitglied des Zentralbankrats Europäische Zentralbank (EZB)^[60]
- Roberto Junguito
- Mario Laborín Gómez
- Ian Macfarlane, A.C.
- Axel May
- Tito T. Mboweni

Zitate über Goldman Sachs

Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau schrieb 2010 in der Financial Times:

„Goldman ist zunächst sehr groß und mächtig. Wo auch immer größere Geldsummen von einem Ort zum anderen geschoben werden, ist die amerikanische Investmentbank dabei. Als Griechenland sein Defizit mittels schwer zu durchschauender Währungs-Swap-Kontrakte reduzierte, spielte Goldman Sachs die Rolle des Animateurs. Die Bank ist omnipräsent. Sie verfügt über dermaßen viel legales Insiderwissen, dass sie als Investor einen natürlichen Vorteil hat, ohne irgendein Gesetz brechen zu müssen.“^[61]

Weitere Informationen

- [Goldman Sachs bei Sourcewatch \(englisch\)](#) - erstklassige Informationen!
- [Goldman Sachs bei opensecrets.org](#) - In den Datenbanken des Center for Responsive Politics werden die Informationen aus dem US-Lobbyregister ausgewertet.
- [Goldman Sachs - Übersicht der New York Times \(englisch\)](#)
- [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs, 7/10 /2013 Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister Goldman Sachs](#), abgerufen am 31.03.2020
2. ↑ [Scholz überrascht mit Personalauswahl](#), tagesschau.de, abgerufen am 20.03.2018

3. ↑ ^{3,03,13,23,3} [Alexander und Angela](#), Werner Rügemer in jungewelt.de vom 26. April 2010, abgerufen am 21. Juli 2010
4. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel.de vom 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
5. ↑ [Goldman Sachs' Verflechtung mit der Politik: Alles zum Wohl des Geldes](#), Der Spiegel, 13. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 14.07.2016
6. ↑ [Goldman Sachs hires former EU chief José Manuel Barroso](#) ft.com vom 08.07.16, abgerufen am 09.07.2016
7. ↑ [Ex-Kommissionspräsident Barroso ertappt bei Lobbyarbeit für Goldman Sachs](#), lobbycontrol.de vom 20.02.2018, abgerufen am 21.03.2018
8. ↑ [Italien: Monti ist im Nebenjob Berater bei Goldman Sachs](#) deutsche-mittelstands-nachrichten.de vom 14.11.11, abgerufen am 16.11.2011
9. ↑ [Goldman Sachs' Revolving Door](#), CBSnews.com vom 7. April 2010, abgerufen am 18. Juli 2010
10. ↑ [Executive Profile Peter Dennis Sutherand](#), Website businessweek, abgerufen am 31. März 2013
11. ↑ [Die Situation ist ernst](#), faz.net vom 07.03.2018, abgerufen am 21.03.2018
12. ↑ [„Zoellick Wins German Support to Be World Bank Head“](#), Bloomberg.com vom 29. Mai 2007, abgerufen am 27. April 2010
13. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
14. ↑ [Goldman warns Europe on regulation](#), Financial Times.com vom 29. September 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
15. ↑ [Homepage der Europäischen Kommission](#), abgerufen am 26.Oktober 2010
16. ↑ [The People versus Goldman Sachs](#) , Corporate Europe Observatory vom 1.Juni 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
17. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
18. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
19. ↑ [Financial Transaction Tax: How severe?](#), Goldman Sachs Equity Research vom 01.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
20. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
21. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
22. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
24. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
25. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ [Homepage der Worst EU Lobbying Awards 2010](#), abgerufen am 26. Oktober 2010
27. ↑ [Vorwürfe gegen US-Bank erhärtet](#), Kölner Stadt-Anzeiger vom 24. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
28. ↑ [Davis Square VI CDO Portfolio Pre-September 2008](#), Tavakoli structured Finance, INC, abgerufen am 27. Oktober 2010
29. ↑ [Goldman sieht für Klage der LBBW "keinerlei Grundlage"](#) Börsen-Zeitung vom 6. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
30. ↑ ^{30,030,1} [Goldman Sachs Sued Over German Bank's \\$37 Million Loss on CDO](#), Bloomberg.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
31. ↑ [Sachs Sued by German Bank Over Davis Square VI, an AIG CDO Bailed Out by Taxpayers \(Updated\)](#), Jenet Tavakoli in huffingtonpost.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010

32. ↑ [Goldman Sachs Group Inc.-Overview](#), Nytimes.com vom 20. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
33. ↑ [Derivat „Abacus“: Goldman Sachs droht erneut Millionenstrafe](#), Handelsblatt vom 9. September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010.
34. ↑ [Goldman Sachs Die gewonnene Wette des John Paulson](#), Die Zeit vom 17. April 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
35. ↑ [Banken: Brandstifter als Feuerwehr](#), Website Werner-Rügemer.de, abgerufen am 21. Juli 2010
36. ↑ [AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds](#), USAtoday.de vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
37. ↑ [\\$90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks](#), CBSNews.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
38. ↑ [Paulson's Calls to Goldman Tested Ethics](#), Gretchen Morgenson and Don Van Natta Jr. in NYTimes.de vom 8. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
39. ↑ [Goldman reports \\$1.8 billion profit](#), CNN.com vom 14. April 2009, abgerufen am 27. April 2010
40. ↑ [Paulson's \\$250 Billion Bank Buy](#), Jane Sasseen and Theo Francis in BusinessWeek.com vom 14. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
41. ↑ [Blankfein's \\$70 Million Would Survive Paulson's Rules](#), Ian Katz and Rebecca Christie in Bloomberg.com vom 15. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
42. ↑ [Goldman Sachs repays about \\$10 bln in TARP funds](#), Marketwatch.com vom 17. Juni 2009, abgerufen am 27. April 2010
43. ↑ [Agency's '04 Rule Let Banks Pile Up New Debt](#), Stephen Labaton in NYTimes.com vom 8. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
44. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow, NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
45. ↑ ['Flawed' SEC Program Failed to Rein in Investment Banks](#), Ben Protess in ProPublica.org vom 1. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
46. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow in NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
47. ↑ [Goldman Sachs to be regulated by Fed](#), reuters-Meldung vom 21. September 2008, abgerufen am 26. April 2010
48. ↑ [Bayer und Monsanto: Dutzende Banken teilen sich Finanzierung der Übernahme](#), Handelsblatt, 12. Oktober 2016, zuletzt aufgerufen am 19.10.2016
49. ↑ [Über Goldman Sachs in Deutschland](#), goldmansachs.com, abgerufen am 02.03.2020
50. ↑ [Profil](#), goldmansachs.com, abgerufen am 31.03.2020
51. ↑ [Julia Laroche: These 78 Goldman Sachs Employees are the happiest people on Wall Street right now](#), Business Insider UK online vom 12. November 2014, abgerufen am 03.12.2018
52. ↑ [Goldman Sachs Warten auf den goldenen Anruf](#), Handelsblatt online vom 12. November 2014, abgerufen am 07.03.2015
53. ↑ [Annual Report 2015 Directors, Advisors and Offices March 5, 2015](#), Webseite, abgerufen am 26.05.2016
54. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
55. ↑ [Presserklärung Goldman Sachs vom 10. Januar 2014](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
56. ↑ [Economic and Financial Affairs, Speakers, Guillermo de la Dehesa](#), Webseite EU-Kommission, abgerufen am 10. 04. 2015
57. ↑ [Trilateral Commission Leadership European Group](#), Webseite abgerufen am 13. 03. 2015
58. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015

59. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
60. ↑ [Former World Bank president rejoins Goldman Sachs](#), Reuters vom 8. Oktober 2013, Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
61. ↑ [Münchau - Das Ende von Goldman Sachs](#), ftd.de vom 20. April 2010 - gespeichert in web.archive.org, abgerufen am 19. August 2015

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmittel](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmittel betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	20
2 Entstehungsgeschichte	20
3 Ziele	20
4 Organisationsstruktur und Personal	22
4.1 Team	22
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	22
4.1.2 weitere Mitglieder	22
4.2 Paten	23
4.3 Wissenschaftliche Beratung	23
5 Aktivitäten	23
5.1 Studien	24
5.2 ÖkonomenBlog	24
5.3 Veranstaltungen	24
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	24
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	25
6 Politische Kampagnen	25
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	25
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	25
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	26
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	26
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	27
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	27
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	27
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	27
6.9 Einschaltung von Agenturen	28
7 Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD	28
8 Internationale Verbindungen	29
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	29
9 Kritik an der INSM	29
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	29
9.2 Verhältnis zu den Medien	30
9.3 Schleichwerbung	30
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	30
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	30
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	31
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	31
10.1 Beirat	31

10.2 Kuratorium	31
10.3 Förderverein	31
10.4 Botschafter:innen	33
11 Zitate	37
12 Weiterführende Informationen	37
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
14 Einzelnachweise	37

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „partiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig. [\[17\]](#)

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: [\[18\]](#)

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie [BP](#), Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern«. ^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)

- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenkel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), Gitta Connemann (CDU/CSU), Julia Klöckner (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie Philipp Hartewig (FDP) und Rainer Semet (FDP) .^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39] :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW Köln), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld
- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[46] Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[47]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[48]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[49]

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“.^[50] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[51]

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[52] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[53] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[54]

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.^[55] Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR-Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: Arbeitgeberverband Gesamtmetall; Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft; BDA Die Arbeitgeber; Hauptverband der Deutschen Bauindustrie; BAVC – Die Chemie Arbeitgeber; BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft; BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Die Familienunternehmer; BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen; Markenverband; Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie; VDM Verband Deutscher Metallhändler; VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer; VdR – Verband der deutschen Rauchtabakindustrie; VKE-Kosmetikverband; WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.; Wirtschaftsvereinigung Metalle; ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe; Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks; ZVEI Die Elektroindustrie

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende „Staatsreligion“ betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen „Verbote“ wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des „Mundtot-Machens“ zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschnig unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhaft Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#). Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.^[76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.^[77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die [Heritage Foundation](#) und die INSM gehören.^[78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur [thjnk](#) entwickelt.^[79]

Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.^[80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.^[81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der Ausarbeitung des Project 2025 beteiligt waren.^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campaign Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen."^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden. ^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden. ^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024). ^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden. ^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründungsmitglieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerscher	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des

Gründungsmitglieder	
Anna Hey	Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dietrich Lenz	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF, bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nasse-Meyfarth	
Dietrich Ricket	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für markliberale Reformen zu werben
Hergard Rohwedder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schönn	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank, Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern, bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Grü ndu ngs mit glie der	
Wei tere Mit glie der:	
Mich ael Hoff man n- Beck ing	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Mari e- Luis e Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: ^[104]

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[105] Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

**Bots
chafter:
innen**

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des **Kon
Berg vent für Deutschland**

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von
man Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)
n
Dom
iniqu Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende
e
Döttl Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft
ing
Flori Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und
an Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
Gers (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)
ter
Mart
in Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser
Kan GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM
negi
eßer
Otm
ar Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Frie](#)
Issin [drich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)
g
Osw
ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der
Metz [Die Familienunternehmer - ASU](#)
ger
Aren Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband](#)
d [der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen](#)
Oetk [Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der
er CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung
deutscher Kernkraftwerke
Walt
her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im
Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)
mba
Karl-
Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Fri](#)
z [edrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der
Paqu Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt
é
Bern
d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum](#)
Raff [Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH,
elhü Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der
sche Kommission Alterssicherung^[106]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company
Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef **Deutsche Telekom**, Mitglied
enbe des **Wirtschaftsforums der FDP**

rg

Ran Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke **G. Rodenstock GmbH & Co. KG**, ist bzw. war
dolf in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem
Rod INSM-Finanzier **Gesamtmetall** und der INSM-Muttergesellschaft **Institut der deutschen Wirtschaft(IW)**
enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung** und des **Wirtschaftsforums der FDP**
ock

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),
Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik **REPUBLIK21 e.V.**

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der**
Sch **CDU** und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana AG** sowie ehem. Vorsitzender der **Altana**
weic **Kulturstiftung gGmbH** und der **Herbert Quandt-Stiftung**

kart

Jürg Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank (EZB)**, Mitglied des
en Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des Beirats der **Aktionsgemeinschaft Soziale**
Star **Marktwirtschaft**
k

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der **Initiative D21**, Mitglied
Stau des Aufsichtsrats der **USU Software AG**, Mitglied der **SPD**

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)**, Mitglied des
Stra Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-**
ubha **Naumann-Stiftung**, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit**
ar

(Stand: Juni 2024) Quelle: ^[107]

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Fri**
Arnulf **edrich-Naumann-Stiftung** sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist
Baring Mitglied des Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-**
Stiftung für eine freie Gesellschaft

Marie-Luise Dött	(siehe Förderverein)	
Johann Eekhoff	Staatssekretär a.D., Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU , bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der Stiftung Marktwirtschaft , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung	am 3. März 2013 verstorben
Michael Glos	CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009	
Paul Kirchhof	ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der Friedrich August von Hayek Stiftung , Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung , setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet ^[108]	
Eberhard von Körber	Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von ABB , 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler Helmut Kohl	
Rolf Peffekoven	ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen , des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und des Beirats der DZ BANK AG	
Christine Scheel	ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der CNC Communications & Network Consulting	trat im Dezember 2004 aus der INSM aus ^[109] , beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen ^[110]
Lothar Späth	CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der Jenoptik , ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank Merrill Lynch , ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Herrenknecht AG , beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen. ^[111]	am 18. März 2016 verstorben
Edmund Stoiber	ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ INSM, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ Trau schau wem, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021

4. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick](#), felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mit-bund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025
28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ [„Erschreckende Nähe“:CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} [Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08,2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024

35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024
40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021

65. ↑ ^{65,065,1} [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) [www.volker-quaschning.de](#) vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024
87. ↑ ^{87,087,1} [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), welt.de, abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.

95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ Speth: Strategien, S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), Der Spiegel vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
106. ↑ <https://www.fiwil.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmittel Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.